

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, beleuchtet, die gesundheitlichen Aktivitäten der CDU: Wende nach rückwärts.

Seite 1

Annemarie Renger MdB würdigt Georg Leber zu dessen 60. Geburtstag: Gleichmaßen geachtet und geschätzt.

Seite 2/3

Dokumentation
Ergebnisse der Entspannungspolitik auf der Grundlage der KSZE-Schlüsse.

Seite 4-6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 190

3. Oktober 1980

Wende nach rückwärts

Die CDU und die Gesundheitspolitik

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Blick auf den 5. Oktober spricht die CDU/CSU-Opposition von der "Wende der Politik" die erreicht werden müsse. Das dies auch im Bereich der Gesundheitspolitik eine "Wende nach rückwärts" bedeuten würde, läßt sich klar belegen:

- Die erfolgreiche Politik der Kostendämpfung im Gesundheitswesen mußte gegen den heftigen Widerstand der CDU/CSU in Bund und Ländern durchgesetzt werden. Der Erfolg dieser Politik ist für die Arbeitnehmer fühlbar, seit 1977 brauchten die Krankenversicherungsbeiträge nicht erhöht werden.
- Zu Lasten der Versicherten hat es die CDU/CSU zweimal verhindert, daß die Kostendämpfungspolitik um ein wichtiges Element ergänzt wird: Dämpfung der Ausgaben für die Krankenhausbehandlung! Und dies, obwohl heute sichtbar ist, daß eine ungezügelterte Ausgabensteigerung im Krankenhausbereich die Beitragssatzstabilität in der Krankenversicherung gefährden kann. Offenbar muß das Kind immer erst in den Brunnen gefallen sein, bevor man handelt! Dies geht zu Lasten der Beitragszahler!
- Die wirksame Bekämpfung des Drogenmißbrauchs durch ein verbessertes Betäubungsmittelgesetz hat die CDU/CSU im Bundesrat blockiert. Zu Lasten der Drogenkranken und Drogengefährdeten.
- Eine Verbesserung der Versorgung der psychisch Kranken haben die CDU/CSU-Länderfinanzminister trotz ihrer Kenntnis von den zum Teil menschenunwürdigen Verhältnissen in der Psychiatrie verhindert. Sie haben die hierfür von der Bundesregierung bereitgestellten 500 Millionen DM mit vorgeschobenen Gründen abgelehnt. Zu Lasten der Patienten! Allein diese vier Beispiele aus der Gesundheitspolitik zeigen, was die Bürger von einer CDU/CSU-Bundesregierung zu erwarten hätten: Prinzipienreiterei und Starrsinn statt einer Politik des stetigen sozialen Fortschritts.

(-/3.10.1980/ks/ca)

Kennzeichen: 1980/10/03
Kreuznummer: 1980/10/03
Kreuznummer: 1980/10/03



Gleichermaßen geachtet und geschätzt

Georg Leber wird am 7. Oktober 60 Jahre alt

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Georg Leber, als Vizepräsident einer der Mitglieder im Bundestagspräsidium, wird am 7. Oktober 60 Jahre alt. Als amtierender Präsident strahlt er im Plenarsaal Ruhe und Gelassenheit aus, selbst wenn die Wogen der parlamentarischen Auseinandersetzung hochgehen. Seit dem 12. September 1979 in dieser Funktion, waltet er souverän seines verantwortlichen Amtes, die Plenarsitzungen des Bundestages in geordneten Bahnen zu halten. Das Vertrautsein Georg Lebers mit den parlamentarischen Spielregeln kommt nicht von ungefähr: Seit 1957 gehört er dem Hause als Mitglied an, auf allen Seiten gleichermaßen geachtet und geschätzt.

An seinem Geburtstag kann Georg Leber auf eine berufliche und politische Laufbahn zurückschauen, die ihresgleichen sucht. Aus der Gewerkschaftsbewegung kommend, hat er als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege maßgebende Impulse vermittelt. Da war der erfolgreiche Kampf Mitte der fünfziger Jahre gegen die kommunistische Unterwanderung der Bauarbeitergewerkschaft. Und nicht vergessen ist auch sein Beitrag, den er für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand über Tarifverträge der Sozialpartner geleistet hat - neben der Mitbestimmung eine der tragenden Säulen für den Erfolg der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit. Er selbst hat dies einmal in dem Resümee zusammengefaßt: "Wer den hohen gesellschaftspolitischen Rang breiter Vermögensstreuung anerkennt, der kann in einer Lösung des Problems der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch Tarifvereinbarungen keine Gefahr für die freiheitliche Ordnung sehen. Es ist im Gegenteil der unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung angemessene Weg."

Als die große Koalition ins Leben gerufen wurde, konnte und wollte die SPD auf das politische Kapital Georg Leber nicht verzichten. Als Verkehrsminister im Kabinett Kiesinger+Brandt bemühte er sich vor allem um ein Konzept, die Deutsche Bundesbahn aus den roten Zahlen zu bringen.

Als Nachfolger von Helmut Schmidt übernahm Georg Leber im Juni 1972 das Verteidigungsministerium. Dieser schweren Aufgabe hat sich Georg Leber mit großer Umsicht und Tat-



kraft gewidmet. In einem doppelten Sinn hat er sich um die Integration der Bundeswehr in unsere Gesellschaft bemüht. Damit steht er, in der Reihe sozialdemokratischer Verteidigungsminister seit Helmut Schmidt, für das selbstverständliche Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bundeswehr. Als Verteidigungsminister lag ihm daran, zu verdeutlichen, daß auch eine hochtechnisierte Armee ohne den einzelnen Wehrpflichtigen und Berufssoldaten unwirksam bleiben muß. Wie er sich der sozialen Belange der Angehörigen der Bundeswehr annahm, so sehr kümmerte er sich um die Grundsätze der inneren Führung im Alltag der Truppe. Der Staatsbürger in Uniform sollte nicht "wie ein gedungener Landsknecht" nach erteiltem Befehl seinen Auftrag übernehmen, sondern zu eigenem Denken oder Handeln erzogen werden. Über die Fürsorge für die Truppe vergaß Georg Leber nicht seine Aufgabe als Verteidigungsminister. Die Festigung des NATO-Bündnisses sowie die engen Bindungen zu den europäischen wie zum amerikanischen Partner der nordatlantischen Allianz waren für ihn absolute Notwendigkeit. "Wachsamkeit als der Preis der Freiheit", dies hat er stets als den Auftrag der Bundeswehr gesehen.

Schwere Stunden blieben dabei nicht aus. Wenn auch mit wechselndem Erfolg, wußte Georg Leber doch stets in seiner politischen Heimat, der Sozialdemokratischen Partei, seine politische Überzeugung zu vertreten. Manche Parteimitglieder machten ihm dies nicht leicht, konnten ihn aber in seiner politischen Überzeugung nicht wankend machen. Von Tragik nicht frei war sein Rücktritt als Verteidigungsminister, den nicht nur parteipolitische Freunde, sondern auch parteipolitische Gegner mit innerer Anteilnahme verfolgten. Damit übernahm er die politische Verantwortung für Vorgänge, die er selbst nicht zu vertreten hatte.

Wie im Verhältnis zur Bundeswehr, so hat Georg Leber auch zwischen der Sozialdemokratie und der katholischen Kirche Brücken geschlagen und um Verständnis geworben. Als Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken seit 1967 hat er sich dieser Aufgabe unsichtig und intensiv gewidmet. Religiöse Überzeugung und politische Grundsatztreue haben sich dabei wechselseitig ergänzt.

Was bewundernswert an Georg Leber ist, und sich wie ein roter Faden durch seinen Lebensweg zieht, ist die von der praktischen Tätigkeit ausgehende Grundhaltung. Intellektuelle Spielereien, praxisfernes Theoretisieren blieben ihm zeitlebens fremd. Nach wie vor zählt für Georg Leber als gestandenem Sozialdemokraten und Gewerkschafter der zupackende, auf den einzelnen Menschen und die konkreten Lebensverhältnisse bezogene Pragmatismus.

(-/3.10.1980/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Eine zusammenfassende Ausarbeitung über die Ergebnisse der Entspannungspolitik ist in diesen Tagen an die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion versandt worden. Wir dokumentieren den Text im Hinblick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

Ergebnisse der Entspannungspolitik auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte

Aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der FDP über "Die zukünftige Weiterentwicklung des Entspannungsprozesses auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" sind folgende Ergebnisse festzuhalten:

1. Die Entspannungspolitik hat gerade uns Deutschen Vorteile gebracht. Sie hat die Kontakte zwischen den Deutschen in beiden deutschen Staaten erleichtert. Die Zahl der Deutschen, die aus Osteuropa ausreisen konnte, ist erheblich gestiegen. Seit Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte am 1. August 1975 sind im Rahmen der Familienzusammenführung insgesamt 247.937 Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen.
2. Unsere Wirtschaftsbeziehungen mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe haben sich günstig entwickelt. Dadurch sind zahlreiche Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen worden. Die Geschäftskontakte mit den Staatshandelsländern wurden weiter ausgebaut. Die Zahl der west-östlichen Kooperationsvereinbarungen hat zugenommen und eine wachsende Zahl westlicher Firmen haben Vertretungen in unseren östlichen Nachbarstaaten.

Allerdings sollten die Arbeitsbedingungen für westliche Firmenvertreter verbessert werden. Sie sind noch unbefriedigend. Es gibt noch Schwierigkeiten bei Direktkontakten mit Einzelbetrieben und bei der Beschaffung von Wirtschafts- und Handelsinformationen.

3. Im Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den ost- und südosteuropäischen Ländern ist in beiden Richtungen eine kräftig steigende Tendenz zu verzeichnen. Auch bei der Visaerteilung sind qualitative Verbesserungen und Erleichterungen eingetreten.
4. Fortschritte sind auch auf dem Gebiet von Kultur und Bildung zu verzeichnen. Hervorzuheben dabei ist das "Wissenschaftliche Forum", das im Februar und März 1980 in Hamburg stattfand und in einer Zeit schwerer Belastungen im Ost-West-Verhältnis nachhaltig das Interesse aller KSZE-Teilnehmer an der Fortführung der Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE zum Ausdruck brachte.
5. Die Arbeitsbedingungen für Journalisten sind in einigen Ländern, zum Beispiel in Polen und Ungarn sehr viel besser geworden. In anderen Ländern ist die Entwicklung dagegen nicht so erfreulich, zum Beispiel in der Sowjetunion und der CSSR. Dennoch: Seit 1979 wird die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebene Zeitschrift "Guten Tag" in allen wichtigen Städten der Sowjetunion verteilt.

Diese Entwicklung zeigt: Die KSZE-Schlußakte hat sich auch in einer kritischen Phase der Ost-West-Beziehungen bewährt. Ohne die politische und wirtschaftliche Entwicklung, die auf ihrer Grundlage in Europa eingetreten ist, wäre es um die Friedenssicherung in Europa heute schlecht bestellt.



CDU und CSU haben versucht, die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte im Deutschen Bundestag zu verhindern. Sie haben damit gegen die Interessen unseres Landes gehandelt, ein Beweis dafür, daß die Opposition unfähig ist, zur Friedenssicherung beizutragen.

Obwohl CDU und CSU nicht einmal bereit waren, die KSZE-Schlußakte zu unterzeichnen, haben sie die Bestimmungen der Schlußakte für ihre Zwecke zu nutzen versucht. In der innenpolitischen Auseinandersetzung haben sie sich als Gralshüter der Menschenrechte aufgespielt, indem sie die Menschenrechtsbestimmungen einseitig gegen den Ausgleich mit unseren osteuropäischen Nachbarn zu kehren bemüht waren. Menschenrechte und Entspannung dürfen jedoch nicht getrennt werden. Nur durch aktive Entspannungspolitik kann auch die menschenrechtliche Lage verbessert werden.

Festzuhalten in diesem Zusammenhang ist: Durch die politische und moralische Unterstützung des faschistischen Terrorregimes in Chile hat der Kanzlerkandidat der Unionsparteien, Franz Josef Strauß, die Menschenrechtspolitik der Opposition unglaublich gemacht. In Chile wurden und werden noch immer die Menschenrechte mit Füßen getreten. Franz Josef Strauß hat sich jedoch dafür eingesetzt, dieses Regime durch seinen Besuch dort aufzuwerten.

Am 11. September hat die CDU/CSU-Fraktion eine Große Anfrage zur "Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und Vorbereitung des zweiten KSZE-Folgetreffens in Madrid" eingebracht. Sie "beschränke" sich, so meinen die Autoren des Fragewerkes, in "Anbetracht der Tatsache, daß die derzeitige Bundesregierung nur noch für die Vorbereitung des zweiten KSZE-Folgetreffens zuständig ist", auf drei Fragen, und es folgen 30 Schreibmaschinenseiten Text und Begründung. Offenbar gehen sie davon aus, daß diese Bundesregierung auch für die nächste Legislaturperiode im Amt bleibt. Sie hätten sich diesen Wust von Fragen sonst sicher geschenkt. Zur Begründung wird weiter erklärt, daß die Bundesregierung versäumt habe, "den Deutschen Bundestag ausreichend und umfassend über diese Fragen zu unterrichten". Wahr ist, daß die Bundesregierung seit 1975 unter anderem durch

- Erklärung der Bundesregierung, betreffend KSZE vom 25. Juli 1975
- Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD, FDP vom 12. Juli 1976 betreffend die Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse
- Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU vom 9. März 1978
- Erklärung der Bundesregierung zur KSZE vom 21. Juni 1978



- Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD, FDP vom 29. September 1980 sowie durch Antworten auf mündliche und schriftliche Anfragen und Stellungnahmen im Auswärtigen Ausschuß sowie im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle den Deutschen Bundestag in den vergangenen fünf Jahren über die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und den Fortgang der Entspannungspolitik in Europa laufend unterrichtet hat.

CDU und CSU, die in ihrer Großen Anfrage trotz mancher Fortschritte, wie sie sich ausdrücken, ihre Erwartungen und Hoffnungen enttäuscht sehen, sollten zur Kenntnis nehmen, was der Leiter der amerikanischen Delegation beim Vorbereitungstreffen für die Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Botschafter Max Kampelman, am 11. September 1980 in Madrid erklärt hat:

"Ich bin hier im Namen meiner Regierung gekommen - entschlossen, unsere Ansicht darüber zu vertreten, daß wir diesen Prozeß und seiner Fortsetzung als einem integralen und unabdingbaren Teil unserer internationalen Verpflichtungen verbunden sind. Es ist für mich eindeutig, daß diese Überzeugung meiner Regierung auch von den anderen Staaten geteilt wird, die Mitunterzeichner der Schlußakte von Helsinki im Jahre 1975 waren. Dies gibt mir eine große persönliche Befriedigung und ermöglicht meiner Regierung eine noch höhere Wertschätzung der Tatsache, daß wir alle gemeinsam einem edlen Werk im Namen des Friedens verpflichtet sind...

Mit allergrößter Dankbarkeit ziehe ich als Bürger der Vereinigten Staaten und als Vertreter meines Landes den Hut vor jenen unter den heute Anwesenden, die mitgeholfen haben am Aufbau des KSZE-Systems, das sich heute in der internationalen Gemeinschaft seinen Weg bahnt. Es hilft uns bei unserem Streben nach Frieden. Jene unter Ihnen, die den Vorzug hatten, an den Beratungen von Genf, Helsinki und Belgrad teilzunehmen, haben die Dankbarkeit und Anerkennung von uns allen verdient.

Was als eine Art von Experiment in den internationalen Beziehungen begann, ist zu einer lebendigen Institution geworden - einer Institution, die sich entwickelt und wächst in dem Maße, wie sich unsere Probleme verschärfen und aber auch unsere Chancen sich darbieten."

(-/3.10.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

